

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt: Tagesblatt Riesa.
Grenzstr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weihen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Hochdruckdruck: Dresden 1300
Grenzstr. Riesa Nr. 22.

Nr. 219.

Dienstag, 19. September 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesner Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 95.— Mark ohne Beleglohn. Einzelnummer 5.— Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (6 Spalten) 9.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 8.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Beitrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Verlegeranstalten — hat der Besucher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststr. 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Gähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Savenstein zurückgekehrt.

Reichsbankpräsident Savenstein ist aus London zurückgekehrt. Montag nachmittag fand eine Kabinettsitzung statt, in der die Frage der an Belgien auszustellenden Schawechsel behandelt wurde. Reichsbankpräsident Savenstein teilte mit, daß die Reichsbank nunmehr bereit ist, die sechsmonatigen Schawechsel, fällig vom 15. Februar bis 15. Juni 1923, mit ihrer Unterschrift zu versehen. Das Reichsministerium nahm diese Erklärung des Reichsbankpräsidenten entgegen und beschloß, der belgischen Regierung sofort entsprechende Mitteilungen zu machen.

Die Berliner Blätter begründen den vom Reichsbankpräsidenten Savenstein in London erzielten Erfolg als eine wesentliche Entspannung unserer außenpolitischen Lage. Da zu wiederholten Malen betont worden ist, daß die Reichsbank nicht gewillt sei, einen Teil ihres Goldbestandes dem Ausland zu verpfänden, so hält es der „Berl. Volksztg.“ für selbstverständlich, daß die Besprechungen in London unter dieser Voraussetzung geführt worden sind. Die „Vollst.“ schreibt: Da nunmehr die Forderung der belgischen Unterhändler, von der deutschen Regierung Schawwechsel mit nicht längerer als sechsmonatiger Laufzeit und mit der Unterschrift der Reichsbank zu erhalten, erfüllt ist, muß der Konflikt über die Garantieforderung als beendet und die von der Reparationskommission verlangte Einigung zwischen Deutschland und Belgien als erzielt angesehen werden.

Das „Berl. Tagebl.“ schreibt u. a.: Die Reichsbank würde dadurch, daß sie nun auf Grund der Besprechungen ihres Präsidenten mit der Bank von England und der mit dieser erfolgten Einigung ihre Unterschrift unter die vom 15. Februar bis 15. Juni fälligen Schawechsel setzt, die Bürgschaft nicht nur für die erste Rate, sondern auch für den gesamten Betrag in Höhe von 270 Millionen übernehmen. Darüber, wie sich diese Summen auf die einzelnen Monate verteilen sollen, verläutelt bis jetzt noch nichts. Die Lösung des Gesamtproblems wird in politischen Kreisen als nicht unglücklich betrachtet. Der „Vormärts“ schreibt: Wir sind überzeugt, daß keine Krise des In- und Auslandes die Nachricht, daß Herr Savenstein Londoner Mission erfolgreich gewesen ist, in einem Gefühl der Erleichterung aufnehmen werden. Wir wissen aber, daß diese Befriedigung keine allgemeine sein wird, weder außerhalb noch innerhalb der deutschen Grenzen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meint, immer noch auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharren zu müssen und sagt, die Rückversicherung der Reichsbank bei der Bank von England habe nur rein formalen Charakter. Die Vorschläge der deutschen Regierung bleiben nach wie vor unannehmbar und undiskutabel.

Den Berliner Abendblättern zufolge übermies die deutsche Regierung 10 Millionen Goldmark, die auf Grund der letzten gemeinsamen Note der Alliierten als Abschlagszahlung auf die in Wirklichkeit fälligen Ausgleichszahlungen in Höhe von 28,4 Millionen zu zahlen waren; den Ausgleichszahlungen der Alliierten.

Die Orientkrise.

Aus London wird gemeldet: An der gestrigen Zusammenkunft in der Downing Street, die um 12 Uhr begann und zwei Stunden dauerte, nahmen Marine, Militär- und Luftfahrt-Beauftragte teil. Die Blätter erklären die Behauptung, daß das britische Kabinett einen großen Konflikt mit der Türkei vorbereite, für vollkommen unangebracht. Man suche durchaus keinen Krieg, kein Krieg sei geplant, und man erwarte auch nicht, daß Kemal Pascha es zu einem Kriege werde kommen lassen. — In einer Darlegung der französischen Regierung über die Haltung gegenüber der türkischen Krise soll Voinard betonen, daß Frankreich mit Großbritannien zusammen auf der Aufrechterhaltung der Neutralität der Meerengen besthe. Es werde jedoch der kriegsrechtliche Ton der von der britischen Regierung veröffentlichten offiziellen Erklärung darin gemildert. — Die Regierung von Neuseeland soll Lloyd George mitgeteilt haben, und dieser Beschluß sei durch eine Vollversammlung des Kabinetts bestätigt worden, die Regierung von Neuseeland wünsche, sich der Regierung von Großbritannien bei jedem Schritt, der unternommen werden sollte, anzuschließen, und sei bereit, ein Kontingent zu entsenden. — Eine Blättermeldung aus Sidney berichtet, daß australische Parlament werde am Dienstag den Vorschlag betrachten, ein australisches Kontingent wenn nötig nach den Darbanelle zu entsenden. Die einzige Opposition werde von der Arbeiterpartei kommen, die ein Drittel des Hauses ausmache. — General Monash erklärte, eine Brigade werde in drei bis vier Wochen zur Einschiffung bereit sein. Nach einer Blättermeldung aus Melbourne hat der australische Premierminister an Lloyd George telegraphiert, Australier werde an jeder Unternehmung teilnehmen, die nötig sein könnte, um die Unantastbarkeit von Gallipoli zu sichern. Es sei bereit, ein Kontingent zu stellen. Die Reuter aus Ottawa meldet, wird wahrscheinlich eine Sonderung des Parlaments einberufen werden, um sich mit dem Gesandten der Regierung des britischen Reichs um Entsendung von Truppen nach dem nahen Osten zu beschaffen.

Aus London wird gemeldet: Der „Spectator“ richtet anlässlich der orientalischen Krise scharfe Angriffe gegen Lloyd George. Die innere und äußere Politik Lloyd Georges habe zu einer Reihe außerordentlicher Katastrophen geführt. Die Zeit sei für die Nation gekommen, zu entscheiden, daß die Interessen des Landes in den Händen Lloyd Georges niemals gesichert sein werden. Lloyd George sei ein gewöhnlicher Mann, der die Griechen ermüdete, die phantastischen Unternehmungen in Kleinasien zu beginnen und fortzusetzen. Das ganze Gebäude seiner Politik sei wie ein Kartenhaus zusammengebrochen.

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 1473 Mark.

Die britische Regierung soll ein Telegramm Mustafa Kemal erhalten haben, in dem er erklärt, er sehe England nicht als seinen Feind an, und durchblicken läßt, daß er bereit sei, über den Frieden zu verhandeln. — Nach einer Blättermeldung aus Konstantinopel schreibt das dortige Blatt „Asfak“ in einem inspirierten Artikel, die Kemalisten würden für den Augenblick die neutrale Zone nicht verlassen; die Alliierten müßten ihnen jedoch den Frieden geben, den sie forderten. Andernfalls sei ein Krieg mit den Alliierten sicher.

Die Reuter aus Bombay meldet, wird der Sieg der Kemalisten von den Mohammedanern in Indien festlich begangen.

„Times“ meldet aus Riga, angefaßt der letzten türkischen Operationen hätten die Bolschewisten eine außerordentliche Konferenz des Revolutionären Militärates einberufen, auf der Trotski den Vorsitz führe. Die Verhandlungen seien geheim, es werde jedoch berichtet, daß die Konferenz beschlossen habe, unterzüglich alle Streitkräfte der kaukasischen Republik, die russischen im Kaukasus befindlichen Streitkräfte und die Sowjetflotte im Schwarzen Meer zur Aktion vorzubereiten. Ein Aoyev der Sowjetstreitkräfte sei bereits an der Grenze der arabischen Türkei aufgestellt worden, bereit, Mustafa Kemal beim Vormarsch auf Konstantinopel zu Hilfe zu kommen.

Anderen Meldungen zufolge verpflichtet der Vertrag zwischen Rußland und Ungarn die Sowjetregierung, mit den türkischen Nationalisten bei der Wiedererlangung der Darbanelle zusammenzuarbeiten, wofür Rußland als Kompensation völlige Handelsfreiheit im Schwarzen Meer erhält.

Die russische Note über die Orientfragen.

Die Note des geschäftsführenden Kommissars für auswärtige Angelegenheiten in Moskau Karahan liegt jetzt im Wortlaut vor. Das 10 Seiten umfassende Schriftstück nimmt zunächst zu dem russischen Protest vom 19. Juli an die Mächte Stellung und führt des weiteren u. a. aus: Rußland kann keinesfalls ausgeben, daß die Meerengen Kriegsschiffen aller Länder freigegeben werden und insbesondere nicht, daß England im Einvernehmen mit seinen Verbündeten die Meerengenfrage löst ohne die Zustimmung und gegen die Wünsche der Staaten, die am Schwarzen Meer liegen und deren Stimme für das Schicksal der Meerengenfrage entscheidend ist. Die russische Regierung sieht in den durch die Türkei geführten Kriegen einen Kampf des türkischen Volkes um seine Existenz und Unabhängigkeit gegen den Vertrag von Sèvres. Rußland hat nicht nur das Recht dazu, sondern will auch nicht das türkische Volk in der Verteidigung seiner Lebensberechtigung fällen. Rußland ist gewillt, unter Berücksichtigung der drückenden Beziehungen zur Türkei, jede Anstrengung zu machen, um ein Einvernehmen zwischen der Türkei und seinen Feinden herbeizuführen. Bedauerlicherweise gebe die Politik der Gegenwart kaum Veranlassung zu der Annahme, daß sie die ernsthafte Absicht haben, auf friedlichem Wege den Konflikt im nahen Orient zu lösen und damit den letzten Weltkrieg zu liquidieren. — Diese Note ist das erste offizielle Bekenntnis Rußlands zu der Koalition zwischen dem Russentum und dem Islam, die der Weltgeschichte neue Bahnen zu weisen vermag. Das in der Moskauer Note zum ersten Mal öffentlich festgestellte Zusammenwirken zwischen Rußland und dem Islam ist das größte politische Ereignis der letzten Zeit und bedeutet die endgültige Liquidation der bisherigen russischen Politik, für die der Völk Konstantinopel ein unerlöschliches Glaubensdogma war. Immer klarer wird es, daß die Gesamtheit der europäischen Probleme vom Balkan, vom Orient aus aufgelöst werden wird. Eine hegemonische Türkei im Bündnis mit Rußland muß unübersehbare Folgen für die englisch-französische Politik haben und wird auch für Deutschland von Wichtigkeit sein.

Der Brand von Smyrna.

Der erste ausführliche Bericht von dem Brand von Smyrna, der eine der größten Feuersbrünste der Weltgeschichte darstellt, wird von dem Berichterstatter der „Daily Mail“ beim türkischen Gees, Ward Price, gegeben. Price war der einzige englische Journalist, der das tragische Schauspiel beobachten konnte. Von Bord des britischen Schiffs „Iron Duke“ aus, das im Hafen von Smyrna liegt, entwirft er seine Schilderung:

Nachdem die Flammen über alle Viertel der Stadt hin im Umkreis einer englischen Meile von dem Ort aus, an dem ich saß, sich ausbreiteten, sah ich schrecklich schön. Die Szenen grauenhaften Schreckens, die während der Nacht unter der 350000 Seelen zählenden Bevölkerung stattfanden, wurden noch schlimmer durch die Unfähigkeit der türkischen Behörden, einer solchen Katastrophe Herr zu werden, und durch die Furcht, die die Griechen und Armenier vor den türkischen Grobherren haben. Was ich hier an dem des „Iron Duke“ sehe, ist eine ununterbrochene Feuerwand, an vier Kilometer lang, aus der 20 verschiedene Wellen von rasenden Flammen das Feuer in die Luft schleudern, dessen äußerer Jüngling bis zu einer Höhe von 100 Fuß emporsteigt. Gegen diesen feurigen Vorhang, der den Himmel in ein Blutmeer taucht, heben sich in scharfen Silhouetten die Türme der griechischen Kirchen ab, die Kuppeln der Moscheen und die hohen vierseitigen Türme der Häuser. Alle die Warenhäuser, Geschäftsbauten und europäischen Wohnungen Smyrns brannten wie wütende Fackeln, die das Feuer weit in das Hinterland hinein trugen. Von dieser glühenden Walle gelben, orangefarbenen und schwarzen Feuers stiegen die geduldeten Haufen dicken schwarzen Rauches auf, die den Rauch in seinem Zenith verhielten. Das Meer glüht in einem tiefen Kupferrot, und — der schreckliche Eindruck von allem — von der dichtgedrängten Menge der vielen Tausende von Flüchtlingen, die auf dem engen Kai zwischen dem Feuer und dem

ihnen und dem tiefen Wasser vor ihnen tanzen, dringt bedrückend ein Duzen und Jammern in die Luft, das von einem geradezu irrsinnigen Schrecken geugt und viele Kilometer weit zu hören ist. In dieses Bedauern mischt sich das häßliche Krachen und Knallen der explodierenden Munitionslager, begleitet von dem Knattern der brennenden Granaten, das wie ein beständiger Infanterieangriff klingt. Berggegenwärtig man sich die Blut der Soldaten an dem feurigen Himmel, die düstern Wolken der schwebenden Rauchmassen, den ekelhaften Gestank, der die Luft erfüllt — dann hat man eine Ahnung von diesem Schauspiel entsetzlicher und grandioser Zerstörung, das wir beobachten. Das Feuer begann als ein unbedeutender Ausbruch schwarzen Rauchs, etwa um 2 Uhr nachmittags am Mittwoch im armenischen Viertel, das etwa 2 1/2 km landeinwärts liegt. Nur wenige Leute beobachteten dieses kleine Feuer, das sich dann in so furchtbarer Weise ausbreiten sollte. . . .

Nach einer Dawas-Meldung aus Athen haben französische und italienische Schiffe vorgetern ungesähr 10000 Flüchtlinge aus Kleinasien gelandet. Der armenische Bischof, dessen Ermordung durch die Kemalisten gemeldet worden war, sei unverfehrt in Athen angekommen. — Nach einer Meldung des „Zentralagenten“ aus Smyrna warten dort noch 300000 Menschen auf Abtransport.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Reichstagsabgeordneter Adolf Braun erstattete in der Montagssitzung den Bericht des Parteivorstandes und führte dabei u. a. aus: Wir dürfen nicht durch unerfüllbare Forderungen die Arbeiterkraft zu Enttäuschungen führen, denn wir brauchen nicht Fatalisten, sondern kämpfende Parteigenossen. Der Großkapitalismus ist heute mächtiger denn je, und der Kampf gegen ihn ist schwer. Es ist unbedeutend, wenn dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion vorgeworfen wird, sie hätte nicht genug zur Beseitigung der wirtschaftlichen Not getan. In Deutschland geht alle Gewalt vom Volke aus und nicht von den Abgeordneten. Die Massen sollten sich mehr rühren. Wir müssen neben den Handarbeitern auch die Kopfarbeiter gewinnen, aber wir müssen erst die richtige Sprache finden, mit der wir zu der Masse der Kopfarbeiter sprechen können. Zur Frage der Arbeitszeit befürworten wir den Antrag Bielefeld: Der Achtstundentag ist gegen jeden Angriff zu schützen. Der Parteitag bedauert die Auslassungen einzelner Sozialdemokraten, die geeignet sind, den Achtstundentag zu gefährden. Braun wählte sich besonders gegen das von dem sozialdemokratischen Journalisten Kallist im Reichswirtschaftsrat abgegebene Sachverständigenurteil gegen den Achtstundentag. Im Anschluß daran kritisierte er den sozialdemokratischen Journalismus überhaupt und führte aus, es ist leicht, in die Partei hineinzukommen, aber schwer, hinausgebracht zu werden. Das beweist uns der Fall Leisch, der glücklicherweise ein Einzelfall in der Partei ist. Leisch, der früher so radikal war, daß keiner mitkonnte, hat jetzt den Stimmes überstimuliert. Ein Antrag, den wir empfehlen, erklärt die Mitarbeit von Parteigenossen an reaktionären Zeitungen mit den Parteipflichten für unvereinbar. Friedrich Barthels, der Parteikassierer, berichtete dann über Agitation, Organisation und Kaffe. Der wöchentliche Mindestbeitrag müsse auf 5 Mark erhöht werden. Ein Stundenlohn müsse durchschnittlich als Monatsbeitrag gelten. Die sozialdemokratische Vorkampfbewegung habe besonders auf dem Lande werbend für die Sozialdemokratie gewirkt. Die Organisation der sozialdemokratischen Jugend habe sich günstig entwickelt. Die Gesamtpartei habe gegenüber dem Vorjahr einen Verlust von rund 47000 Mitgliedern, also etwa um 4 v. D. erlitten. Sie zählt gegenwärtig 1174103 Mitglieder. Frau Abg. Juchacz ergänzte den Bericht durch eine Darlegung der Entwicklung der sozialdemokratischen Frauenbewegung. — Die Frage der Einigung soll nach einem Parteitagbeschlusse erst am Donnerstag zur Beratung kommen, zu derselben Zeit, wo über dieselbe Frage in Gera verhandelt wird.

Ungarn in den Völkerbund aufgenommen.

Die Völkerbundversammlung hat in ihrer gestrigen Vollziehung einstimmig Ungarn in den Völkerbund aufgenommen, nachdem der tschechoslowakische Delegierte Duzsi im Namen der gesamten kleinen Entente noch einmal in einer längeren Rede allen Bedenken gegen die Aufnahme Ausdruck verliehen hatte.

In Verlauf der gestrigen Sitzung der Völkerbundversammlung wurde ein Schreiben Kaniens verlesen, in dem Kaniens anregt, ehestens den Flüchtlingen in Smyrna die in Konstantinopel für die russischen Flüchtlinge geschaffene Organisation zur Verfügung zu stellen, weiters eine Vermittlungsaktion des Völkerbundes oder andere Maßnahmen zu sofortiger Einstellung der Feindseligkeiten zwischen Griechenland und der Türkei zu ergreifen. Beide Vorschläge wurden dem Initiativkomitee übergeben, das über ihre Verweisung an die einschlägigen Ausschüsse der Völkerbundversammlung zu beraten hat.

Wilhelm II. heiratet wieder.

Die Meldung von der Verlobung des früheren deutschen Kaisers wird durch eine Mitteilung des Generalbevollmächtigten des Königlich Preussischen Botschafters in Berg bestätigt. Der Kaiser werde voraussichtlich im November d. J. die verlobte Prinzessin Hermine von Sachsen-Carolath geb. Prinzessin Maria v. v. als Gattin beiführen.

Die „Reinisch-Westfälische Zeitung“ schreibt zu der Meldung der bevorstehenden Wiederverheiratung des früheren Kaisers u. a.: Sollte man diese Angelegenheit